

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riessa,
Ferienstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riessa, des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptpostamts Meißner bezirksleiterbestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580.
Girokonto:
Riessa Nr. 52.

Nr. 110.

Donnerstag, 12. Mai 1932, abends.

85. Jahrgang.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abnahme und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Achtung! Die Anzeigerbestellungen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Achtung! Die Anzeigerbestellungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Revolutionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ulfemann, Riessa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riessa.

Große Reichskanzlerrede im Reichstag

Im Reichstag wurden die Mißtrauens-Anträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten gegen das Gesamt-Kabinett in gemeinsamer namentlicher Abstimmung mit 287 gegen 257 Stimmen abgelehnt!

Schlägerel im Reichstags-Restaurant und in den Wandelgängen.

1) Berlin. In der gestrigen Reichstags-Sitzung führte Reichskanzler Dr. Brüning etwa folgendes aus:

Ich will hier nur sprechen über Reparations- und Abrüstungsfrage und werde alle weiteren Fragen in den morgigen Verhandlungen dem Auswärtigen Ausschuss erörtern. Im Gegensatz zu dem schleppenden Verlauf der fünfjährigen Vorkonferenzen läßt sich feststellen, daß auf der Abrüstungskonferenz in Genf der Wille zur wirklichen Abrüstung viel stärker zur Geltung kommt. Bei der Aussprache mit den Staatsmännern hat sich auch gezeigt, daß bei den Großmächten eine starke Annäherung an den deutschen Standpunkt zu verzeichnen ist. Es gibt allerdings bei anderen Nationen Auffassungen, die noch zu ernsten und schweren Auseinandersetzungen im Laufe der nächsten Wochen führen werden. Wir können ihnen mit Ruhe entgegengehen im Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache. (Beifall.) Wir brauchen die Verantwortung für unsere Haltung vor der Welt nicht zu scheuen. Abrüstung, Reparationen und Weltfrieden können nicht von einander getrennt werden und sind so wichtig, daß von ihnen aller Voraussicht nach das Schicksal der Welt für lange Zeit bestimmt werden wird. (Beifall.) In dieser Hinsicht ist die Aufgabe der Abrüstungskonferenz eine Weltaufgabe geworden.

Die Abrüstungsfrage ist ein Problem, das alle Länder berührt. Für Europa hat aber die Problemstellung auf der Abrüstungskonferenz noch ihre ganz besondere Bedeutung. Es ist falsch, wenn man es so darstellt, als ob in Europa erst jetzt mit der Durchführung der Abrüstung begonnen würde. Begonnen hat man damit — und zwar in beispiellos drastischen Formen — vor 12 Jahren, als man Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten zwecks Einleitung der allgemeinen Abrüstung zur Entwaffnung zwang. (Lebhafte Zustimmung.) Nur ist man bei diesem Anfang stehen geblieben, ohne daraus die unbedingt notwendigen selbstverständlichen Folgerungen zu ziehen. (Erneute Zustimmung.)

Aus diesem Aussehen des Abrüstungsverfahrens und einem fast vollständigen Einstillen des Abrüstungswillens nach jenem ersten Anlauf ist die ungeheure Disparität der Rüstungen entstanden, die zu einer steigenden Spannung der politischen Atmosphäre in der ganzen Welt führt. (Lebhafte Zustimmung.)

Europa ist heute trotz Entwaffnung Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten der höchstgerüstete Kontinent, der im Verhältnis zur Vorkriegszeit nicht nur keine Rüstungsminderung, sondern im Gegenteil eine Erhöhung der Schlagkraft und Kriegsbereitschaft seiner Heere vorgenommen und seine Rüstungsausgaben fortwährend gesteigert hat. (Sehr wahr bei der Mehrheit.) — Ruhe bei den Kommunisten: Trotz des Völkerverbundes! Dieser Zustand kann nicht länger dauern. Aus diesem Rahmen ergeben sich die deutschen Abrüstungsfordernngen von selbst. Was wir wollen, ist die allgemeine Abrüstung und die Wiederherstellung einer Gleichberechtigung. Diese beiden Ziele sind so eng miteinander verbunden, daß sie ein einziges Ziel darstellen: Deutschlands Gleichberechtigung durch allgemeine Abrüstung. (Zustimmung bei der Mehrheit — Ruhe bei den Kommunisten: Aufrüstung!) Der Augenblick fordert weitgehende Entschlüsse in den internationalen Verhandlungen. Die Erwartungen, die die Völker an die Einberufung der Konferenz gestellt haben, dürfen nicht enttäuscht werden. Die Völker untereinander haben Vertrauen, mögen die Regierungen in ihrer amtlichen Politik endlich die Wege finden und die Brücken betreten, die von Volk zu Volk bereits heute vielfach geschlagen sind. (Beifall in der Mitte.) Der italienische Außenminister Grandi hat mit vollem Recht in seiner letzten Kammerrede betont, daß ein Minimum des guten Willens, wie immer von den Staatsmännern betont werde, in die Tat umgesetzt, genügt würde, um die Konferenz zu einem befriedigenden Erfolg zu führen. Darüber muß man sich klar sein, daß ein Scheitern der Konferenz von den weittragendsten politischen Folgen auch auf anderen politischen Gebieten sein müßte und sich unmittelbar auch auf die Wirtschaftslage in verhängnisvoller Weise auswirken würde.

In den einzelnen Ländern hat die Krise ihren verhängnisvollen Fortgang genommen. Wir wollen jetzt nicht nach den Ursachen der Weltkrise suchen, nachdem soviel Regierungskonferenzen dazu stattgefunden haben und die Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen betont worden ist. (Sehr wahr! bei den Rechtsparteien.) Man muß jetzt auch hier zu Entscheidungen kommen. Ein britischer Staatsmann, einer der Väter des Versailler Vertrages, hat gesagt, daß es vor zehn Jahren noch zu früh für den gesunden Menschenverstand war, sich durchzusetzen, daß er sich aber frage, ob es jetzt dazu nicht schon zu spät ist. Wie lange wollen die Regierungen ihre Entschlüsse hinausschieben, wenn die Warnungen, daß es zu spät werden könnte, nicht

zur Wirklichkeit werden sollen! Die Blicke der Welt sind jetzt auf Lausanne gerichtet. Die Auffassung der Reichsregierung ist in der Welt bekannt. Seit Februar hat sich an ihr nichts geändert. Diese Auffassung hat auch in breitem Maße an Boden gewonnen auch in den Gläubigerländern. Eine völlige Streichung der politischen Schulden ist die wichtigste Voraussetzung für die Rettung aus der jetzigen Not und für einen neuen Aufstieg. Die Trennung zwischen Schuldner- und Gläubigerländern muß aus der internationalen Politik verschwinden; erst dann ist der Weg für Zusammenarbeit zwischen den Völkern frei und wenn alle politischen Schulden getilgt sind, wird jedes Land reicher sein als vorher. (Zustimmung.)

Was jetzt ist das noch nicht der Standpunkt aller beteiligten Regierungen. Sie geben zum Teil zwar zu, daß Reparationen nicht gezahlt werden können, hoffen aber doch, daß Deutschland nach einigen Jahren die Zahlung wieder aufnimmt oder mindestens noch eine Restzahlung, eine Abschlagszahlung, leistet. Wer das erwartet, bedenkt nicht, daß Voraussetzungen, von denen künftige Zahlungen abhängig würden, in Wahrheit gar nicht vorstellbar sind. Noch vor wenigen Tagen hat ein amerikanischer Politiker es klar ausgesprochen: Es ist unmöglich, die Schuld in Gold zu bezahlen, solange 70 Prozent des Weltgoldvorrats im Besitz Frankreichs und der Vereinigten Staaten sind. Ebenso deutlich spricht die Umwälzung in den Handelsbilanzen. Während die deutsche Handelsbilanz bisher stets passiv war, ist in den letzten beiden Jahren eine enorme Aktivierung der deutschen Handelsbilanz erlangt worden. Umgekehrt ist in Frankreich eine passive Handelsbilanz von zwei Milliarden Mark anstelle der früheren Aktivität getreten. In den Vereinigten Staaten ist heute nur eine ganz geringfügige Aktivität vorhanden. Welche Länder werden aber in Zukunft bereit sein, die deutschen Ausführungsprodukte in dem notwendigen Ausmaß aufzunehmen, ohne uns Anleihen zu gewähren? Überall sehe ich nur das Gegenteil einer solchen Bereitwilligkeit.

Eine wesentliche Folge der bisherigen Entwicklung ist die Erschütterung des Kredit. Diese Erschütterung richtet sich in erster Linie immer wieder gegen Deutschland. Ich sehe nicht an, einzugehen, daß Deutschland selbst eine Regelung des Devisenverkehrs eingeführt hat. Das ist aber nicht nur zur Regelung der Handelsbeziehungen notwendig, sondern auf Drängen unserer Gläubiger. Wenn diese Devisenverteilung auf dem einen oder anderen Warenmarkt eine Einschränkung der Einfuhr zur Folge gehabt hat, so war das doch eine dringende Notwendigkeit. Wir haben versucht, diese Maßregel so schonend wie möglich zu gestalten, ohne irgendein Land dabei zu benachteiligen oder zu bevorzugen. Auf der anderen Seite ist die deutsche Reichsregierung aber ebenso entschlossen, die deutsche Währung unter allen Umständen zu halten. Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten die fremden Länder sich mit uns solidarisch fühlen, wenn wir alles versuchen, um die deutsche Währung aufrechtzuerhalten. Nur gemeinsame Anstrengungen der durch Wirtschaftsinteressen verbundenen Staaten können die Voraussetzung für die Wiederherstellung normaler Zustände schaffen.

Deutschland ist bereit, sobald die von mir erwähnten Voraussetzungen vorliegen, den Abbau aller Hemmnisse einzuleiten und sich darüber hinaus Vereinbarungen über einen schrittweisen Abbau der Zollmauern anzuschließen.

Es gibt eine Hoffnung für alle Länder: Daß die Krise in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt so ungeheurer rapide Fortschritte machen wird, daß ein Warten auch nur um Wochen und Monate die Welt in eine Lage bringt, aus der dann vielleicht kein Ausweg mehr zu finden ist. (Wärm bei den Kommunisten.) Dieses Wort wird für die Staatsmänner, mit denen ich in den letzten zwei Jahren gesprochen habe, nichts Neues sein. Die Hoffnungen einzelner Länder, sich aus den Konsequenzen einer so ungeheureren Krise wenigstens noch eine Zeitlang fernhalten zu können, länger, als es anderen möglich ist, sind langsam im Schwanden. Keine Wirtschaftsform wird von diesen Konsequenzen verschont sein. (Zuruf von den Kommunisten: Rußland, das Land ohne Arbeitslose!) Es kommt darauf an, ohne Ubertreibung in den nächsten Wochen jeden Bürger in jedem Staat die Gefahr einzuhämmern, vor der die Welt steht. (Beifall bei den Regierungen.) Mit einer Patentmedizin ist weder in Deutschland noch anderswo etwas zu bessern. Ein Volk wie das deutsche muß in der entscheidenden Auseinandersetzung das Höchstmaß an Intelligenz und Organisationsfähigkeit aufbringen, um den Kampf am längsten auszuhalten zu können.

Ich wende mich dagegen, daß immer wieder Persönlichkeiten aus der Wirtschaft oder sonst von einem drohenden schnellen Zusammenbruch Deutschlands oder außerhalb

Deutschlands Märchen erzählen und die Termine dafür bereits angeben. Wenn das deutsche Volk die Herren behält, wenn das letzte daran geht, durch Zusammenfassung der dem Volke zur Verfügung stehenden Kräfte, ist das deutsche Volk ganz bestimmt nicht dasjenige, das unter den ersten oder den nächsten sein würde, das infolge der allgemeinen Krise zusammenbrechen würde. Wenn von den Nationalsozialisten hier ausgeführt wurde, daß die Reichsregierung mit ihren Maßnahmen zögere, so möchte ich demgegenüber feststellen: Wieviele Wirtschaftsführer und andere Sachverständige habe ich in den vergangenen zwei Jahren gehört, wie haben Auffassungen gewechselt.

Ich bin mit meinen Mitarbeitern gänzlich zugänglich gegenüber jeder Art von Kritik, auch wenn sie noch so scharf ist. Nur eins kann ich nicht zulassen: Eine Kritik, die keine Rücksicht nimmt auf die Erhaltung der Widerstandskraft des deutschen Volkes und auf die außenpolitische Situation.

(Abg. Dr. Goebbels (Natzos.): Sie zerstören Widerstandskraft durch die Auflösung der SA.) Sagen Sie mir, was ich in den letzten zwei Jahren getan habe, um die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu schwächen. (Wärm und Zurufe bei den Komm.: Sie haben uns ausgehungert.) Ich habe in den zwei vergangenen Jahren auch nicht so gehandelt, wie der Abg. Goering sich gestern geäußert hat, daß ich mit Verleumdungen begonnen hätte, daß ich dem Lande von Anfang an erklärt, ich kann nichts versprechen; ich lasse es als meine Aufgabe an, dem deutschen Volke die Wahrheit zu sagen. Diesen Weg werde ich unentwegt weitergehen, denn die schwersten Hemmnisse, die für Deutschland allein existieren auf dem unbedingten notwendigen Wege, sie sind überwunden, ohne daß es zu einem Zusammenbruch wirtschaftlicher oder seelischer Art gekommen ist. (Wärm bei den Komm. und Zurufe: Die deutschen Arbeiter verhungern. — Abg. Reinhardt (Natzos.): Sie haben die SA-Männer auf die Straße gemorfen.)

Auch als Außenminister bin ich verpflichtet, Ihnen (zu den Nationalsozialisten) eine Warnung und eine Bitte auszusprechen: Seien Sie in Ihren Unterhaltungen mit ausländischen Politikern etwas vorsichtiger! (Dieser mit erhobener Stimme ausgesprochene Satz wird von der Mehrheit mit lauten Hört-Hört-Rufen begleitet. — Abg. Forster (Komm.) ruft: Sprechen Sie sich deutlich aus, wir sind doch keine Heulheer! (Weiterer Zuruf bei den Nationalsozialisten: Sagen Sie das Herrn Dreifeld u. Dillering.)

Es ist nicht wünschenswert, daß das Ausland etwa auf Grund aller möglichen Privatschwärzereien hoffen könnte, daß eine nach mir kommende Regierung kompromittierbarer sein könnte. (Hört, hört, links. — Zurufe bei den Nationalsozialisten. Abg. Berndt (Dnat.): Solche Methoden kennt man!)

Sie wagen meine Methoden zu kritisieren, die Sie doch überall erklären, daß meine Außenpolitik dem deutschen Volke schädlich ist! Ich habe nur von der Welt feststellen wollen, daß diese oder eine andere Regierung von dem, was ich im Januar gesagt habe, aus sachlichen Gründen überhaupt nicht zurückweichen kann.

Zu den Anmerkungen des Abg. Straßer über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kanzler: In dem Punkt der Finanzierung scheiden sich die Geister. Ich lehne es unter allen Umständen bis zum äußersten ab, aus innen- und außenpolitischen Gründen, irgendetwas zu tun, was vorübergehend eine kleine Erleichterung bringen und vorübergehend populäre machen könnte, was aber die Währung in Gefahr bringen müßte. Die hier gemachten Vorschläge würden eine gewisse Gefährdung der Mark zur Folge haben. (Abg. Straßer (Natzos.): Dann müßte durch Ihre Kreditpolitik die Mark in den letzten Wochen und Monaten schon glänzend inflatiert sein.)

Wir müssen Wege wählen, die ganz klar sind. Wir müssen alles tun, um zu verhindern oder auch nur den Glauben wachzurufen, daß wir gewissermaßen durch ein Hintertürchen doch eine Inflation herbeiführen wollen. Wir haben Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung, die jederzeit in Angriff genommen werden können. Wir sind bei den Vorkonferenzen für einen freiwilligen Arbeitsdienst, der sich den Vorschlägen der Parteien sehr weit nähert, und können damit auch alsbald anfangen. Es muß an eine klare Finanzierung dieser Dinge gegangen werden können. Wir denken nicht daran, nur an die Sicherung des Reichsetats heranzugreifen. Wir müssen Reich, Länder und Gemeinden unter allen Umständen gleichzeitig sichern, denn es hängt davon der Kredit des Reiches und — leider auch — der Gesamtwirtschaft ab. Das ist nicht ein Fehler des jetzigen Systems. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Das ist eine Folge von Fehlern, die unter jedem politischen System in den vergangenen Jahren bei uns und in der ganzen Welt gemacht